

Redebeitrag Peter Singer

Tagung 18.6.2016:

Ausstieg aus der Braunkohle in NRW!

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir haben heute schon eine Unmenge Informationen und Meinungen zum unabwendbaren Braunkohlenausstieg gehört.

Ich denke, hier im Saal besteht Konsens, dass der Braunkohlenausstieg eben zwangsläufig kommen wird.

Ich will jetzt hier nicht eine neue Debatte über das Wann beginnen. Vielmehr sind wir in diesem Prozess schon mittendrin.

Alle, aber auch wirklich alle ernstzunehmenden Studien, geben der Braunkohle keine Zukunft.

Das heißt, über kurz oder lang ist das Ende der Tagebaue sowie das Ende der Kohleverstromung und somit der Kraftwerke im Revier absehbar. Dies hat der Kreistag des Rhein-Erft-Kreises mit einer einstimmigen, also auch mit unseren Stimmen beschlossenen Resolution, am 25. 6. 2015 zum Ausdruck gebracht:

Ich zitiere: „Der Rhein-Erft-Kreis bekennt sich dazu, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele in absehbarer Zukunft die Verstromung der Braunkohle beendet werden muss; hierfür bedarf es einer vorausschauenden Gestaltung, des sich in unserem Kreis abzeichnenden Strukturwandels.“ Zitat Ende

Wir meinen, dass genau aus diesem Grunde der Strukturwandel schnellstens begonnen werden muss. Wir nehmen die Ängste und Sorgen der bei RWE Beschäftigten Kolleginnen und Kollegen ernst.

Nicht durch das xte Logistikzentrum oder durch eine Seilbahn auf die Sofienhöhe oder ähnlichem Unfug erreicht man einen Strukturwandel. Für die Menschen, die zurzeit noch bei RWE arbeiten und die hochqualifiziert sind, müssen adäquate Industriearbeitsplätze, gerade im produzierenden Gewerbe und selbstverständlich in der alternativen Energiegewinnung her.

Klar ist, dass man Strukturwandel nicht erreicht, wenn alle nur noch bei Amazon bestellen, schlecht bezahlt in Logistikzentren schufteten, Waren sinnlos hin und her transportieren, alle nur noch „Dienstleister“ sind, aber niemand mehr produziert.

Hier muss Strukturwandel einsetzen und zwar sofort.

Wir wissen alle um die wirtschaftliche Lage von RWE. Wer die Zeche zahlen soll, sieht man gerade wieder bei den laufenden Tarifverhandlung.

Wir Linken im Revier haben immer gesagt, dass das Ende der Braunkohle schneller kommt als gedacht. Vor vier oder fünf Jahren wurden wir deshalb noch als Schwarzseher, Industriefernde und was weiß ich noch abgestempelt.

Unsere Forderung ist seit Jahren, dass die betroffene Menschen, ihre Gewerkschaften, aber auch Umweltverbände und Initiativen in den Strukturwandel einbezogen werden. Wir sehen nicht, dass diese Forderungen erfüllt würden.

Genauso falsch ist eine Haltung „Augen zu und durch“, die es von einigen Seiten gibt. Es hilft alles nichts, das fossile Zeitalter ist vorbei. Der Abbau und die Verstromung von Braunkohle ist eine sterbende Industrie.

Alle kennen wir das Mantra, welches RWE-Vertreter mindestens fünfmal pro Vortrag herunterbeten: „Wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht usw.“ Einige sind nun unterwegs und haben ein neues Mantra erfunden: „Das Ende der Braunkohlenverstromung, bedeutet nicht das Ende des Braunkohlenabbaues.“ Stoffliche Nutzung der Kohle heißt das neue Zauberwort.

Einer der Hauptgründe für den Ausstieg aus der Braunkohle sind die immensen Co2-Emissionen. Selbst die Bundesregierung erklärt, dass „die Kohlendioxid-Emissionen bei einer stofflichen Nutzung von Braunkohle, im Vergleich zu Erdöl, Erdgas und nachwachsenden Rohstoffen, mindestens doppelt so hoch sind.

Was soll das??

Wir dürfen nicht anfangen schon wieder in die fossile Richtung zu forschen. Das ist der falsche Weg. Der Weg kann nur sein, Ausgangsstoffe für chemische Produkte eben nicht auf fossiler Basis zu entwickeln. Stellt man überdies auf Braunkohlebasis produzierte chemische Produkte her, was auch wirtschaftlich eigentlich Unsinn ist, so werden eventuell vorher eingesparte Co2-Emissionen, spätestens am Ende des Lebens des Produktes, z.B. bei der Müllverbrennung, eh wieder freigesetzt.

Lassen Sie mich auf noch einen kaum bekannten Aspekt eingehen.

Braunkohletagebaue beruhen auf einem Genehmigungsgrundsatz. Nur wenn die Landesregierung ausdrücklich z.B. in einer energiepolitischen Leitentscheidung feststellt, dass zur Sicherung der Energieversorgung eben der Tagebau unverzichtbar sei, kann z.B. zwecks Umsiedlung enteignet werden. Ohne den Grundsatz der Notwendigkeit der Energieversorgung, ist ein Braunkohletagebau nicht genehmigungsfähig. Im Umkehrschluss: nur damit ein Wirtschaftsunternehmen weiter Gewinne machen kann, darf man keine Landschaften zerstören. Nach dieser Logik kann es Braunkohlenabbau zur stofflichen Nutzung gar nicht geben. Hier wird eine sogenannte Zukunft beschworen die keine ist.

Noch nie hat es für die Menschen und die betroffenen Regionen etwas Positives hervorgebracht, wenn man eine sterbende Industrie künstlich am Leben hält. Auch den Kolleginnen und Kollegen bei RWE darf man keine falschen Hoffnungen machen. Sie zahlen

am Ende die Zeche, wenn das ganze Konstrukt aus ökonomischem Zwang zusammenbricht. Die logische Schlussfolgerung ist, sofortiger Strukturwandel. Was natürlich nicht heißt, am Montag schalten wir die Kraftwerke ab.

Das heißt, jetzt muss die Region, das Land, der Bund, aber auch das Unternehmen rasch und entschlossen handeln, um den vielbeschworenen Strukturbruch zu vermeiden.

Ja, es geht auch um Arbeitsplätze. Die Region ist einseitig geprägt. Das muss geändert werden.

Allerdings sollten wir hier auch mit realistischen Zahlen arbeiten. Manche überbieten sich täglich mit neuen Horrorzahlen über die betroffenen Arbeitsplätze. RWE selbst hat in den letzten Jahrzehnten abertausende abgebaut. Und dies hatte nichts mit einer Energiewende, sondern ausschließlich mit Rationalisierung zu tun.

Und nochmal: es gibt keinen anderen Weg. Die Arbeitsplätze in der Kohle sind über kurz oder lang weg. Neue müssen her.

Noch ein paar Worte zu der schon erwähnten, energiepolitischen Leitentscheidung der Landesregierung, die im Übrigen immer noch nicht beschlossen ist.

Es gibt nicht wenige, die die dort enthaltene, in meinen Augen marginale, Verkleinerung des Tagebaues Garzweiler II, als riesigen Erfolg feiern.

Nebenbei: in der großartigen Menschenkette am 25. April 2015 haben viele gesellschaftliche Gruppen aber auch Parteien Stellung bezogen und den Grundkonsens gehabt, Abbaugrenze ist die alte A 61. Wenige Wochen später war ich der einzige, der im Braunkohlenausschuss gegen die Umsiedlung von Keyenberg und anderen Ortschaften genau jenseits der A 61 gestimmt hat.

Das Abstimmungsverhalten der anderen Mitglieder des Braunkohlenausschusses muss jeder selbst beurteilen.

Klar ist jedoch. Die neue Leitentscheidung der rot/grünen Landesregierung gibt eine klare Bestandsgarantie für Inden bis 2030 und für Hambach und Garzweiler bis 2045 und darüber hinaus.

Wo bitte ist hier der Einstieg in den Ausstieg? Mit solchen Garantien befördert man keinen Strukturwandel, im Gegenteil, man zementiert bestehende Strukturen, behindert die Entwicklung von Alternativen und gaukelt auch hier eine Zukunft vor, die es nicht gibt.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu unserem Verhältnis zu Antibraunkohlebewegung sagen.

Wenn mir vor 5,6 Jahren einer von einer wachsenden Bewegung gegen die Braunkohle erzählt hätte, ich hätte ihm nicht geglaubt.

Mittlerweile ist der Widerstand jedoch enorm gewachsen. Die Einsicht, dass es mit der Braunkohle und der damit verbundenen Umweltzerstörung nicht weitergehen kann, hat immer mehr Köpfe erreicht.

Ich bin ein wenig stolz, dass ich von Anfang an ein Teil dieser Bewegung war. In den Gremien in denen ich ein Mandat ausübe, habe und werde ich immer für den Braunkohleausstieg und für eine Verbindung der sozialen und ökonomischen Fragen eintreten. Und zwar klar und eindeutig und keiner Klientel verpflichtet.

Wir, die Linke im politischen Raum sprich Regionalrat, Braunkohlenausschuss und Kommunalparlamenten im Revier versuchen unseren Teil dazu beizutragen.

Klar ist jedoch auch, nicht nur in den Parlamenten wird die Kohlefrage ja oder nein entschieden, sondern es bedarf des breiten Widerstandes in der Bevölkerung.

In diesem Zusammenhang stellt sich zwangsläufig die Frage, wie die Linken mit den unterschiedlichen Formen des Widerstandes umgehen.

Wir stehen für gewaltfreien Protest und für den Protest des zivilen Ungehorsames. Entschieden wenden wir uns gegen den ständigen Versuch den Braunkohleprotest zu kriminalisieren.

Vielleicht mache ich dies an einem kleinen Beispiel anschaulich:

Am 24. April diese Jahres gab es den sogenannten Brandanschlag im Tagebau Hambach (redet im Übrigen kein Mensch mehr von), der flugs dem Antikohleprotest untergeschoben wurde.

Wir haben damals sofort klargestellt: Es stellt sich die Frage nach dem Beweggrund der Tat, wem nutzt – wem schadet es? Dem Braunkohleprotest und einer sachlichen Debatte über den notwendigen Braunkohleausstieg diene der Vorfall jedenfalls nicht. Er spielte eher denjenigen in die Hände, die den Protest in eine kriminelle Ecke stellen wolle.

Ich bin einer der Erstunterzeichner eines Briefes an RWE bzw. an den RWE-Vorstand in Person des Herrn Terium, der unter dem Namen Friedensplan für den Hambacher Forst bekannt wurde.

Hier haben verschiedene Akteure versucht, eine Idee zur Befriedung der Situation im Hambacher Forst zu entwickeln.

Ich zitiere kurz: „Es geht hier nicht nur um Dialogbereitschaft – es geht um ein Aufeinander-Zugehen, um Respekt und Augenhöhe. Es gilt, die kritischen Stimmen ernst zu nehmen und nicht zu kriminalisieren. Es gilt, die Energie wende voran zu treiben – und nicht zu verhindern, wie dies von den Interessenvertretern der Kohle versucht wird.

Ja, und es gilt auch den sozialen Frieden im Revier zu sicher.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Vielen Dank.